

Zeitung für Sachsen-Anhalt • Gegründet 1890

Wolmirstedter Volksstimme

www.volksstimme.de

Freitag, 12. Februar 2016 | 1,20 Euro | Nr. 35 | A 10309

Was erleben:
biber ticket-Hotline
03 91/59 99-700

Deutschlandweit, Online

Börde

Wolmirstedt wird dunkler

Wolmirstedt (gbi) • Die Reduzierung der Straßenbeleuchtung durch die Nachtabsenkung der Helligkeit ist eine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme. Allein im Jahr 2016 sollen dadurch 25 000 Euro gespart werden. Seite 13

Kinder befassen sich mit Politik

Hohe Börde (car) • Politik hat die letzten Winterferientage in der Hohen Börde bestimmt. Interessierte Kinder und Jugendliche setzten sich intensiv mit der bevorstehenden Landtagswahl auseinander. Seite 14

Nach dem Fasching kommt das Fasten

Barleben (vhm) • Mit einem bunten Fest haben die Kinder und Erzieher der Tagesstätte „Gut Arnstedt“ in Barleben die Faschingszeit ausklingen lassen. Nun ist Spielzeug-Fasten angesagt. Seite 19

Sport

FCM will Revanche gegen Fortuna Köln

Fußball • Magdeburg (ut) Im Hinspiel musste Drittliga-Aufsteiger 1. FC Magdeburg bei Fortuna Köln noch Lehrgeld bezahlen und ließ sich beim 1:2 den Schneid abkaufen. Das soll jetzt am Sonntagabend zu Hause nicht noch einmal passieren. Trainer Jens Härtel verwies auf den Lernprozess, der hinter seiner Mannschaft liegt. Seite 9

Wiegert lässt keine Ausreden gelten

Handball • Magdeburg (jb) „Es gibt keine Ausreden“, untermauert SCM-Trainer Bennet Wiegert seine Kritik nach der 28:31-Heimniederlage gegen den SC DHfK Leipzig. Doch die nächste Aufgabe am Sonntag im EHF-Cup gegen Aalborg wird nicht einfacher. Rechtsaußen Robert Weber warnt: „Die sind noch viel stärker als Leipzig.“ Seite 10

Börse

- 📈 Dow Jones 15608 (20 Uhr)
- 📈 Dax 9017 (Schlusskurs)
- 📈 Rohöl \$ 26,67 (je Barrel)
- 📈 Kurs \$ 1,1347

Die Börse finden Sie auf Seite 6

Lokales Wetter



7° | -2°
Mix aus Sonne und Wolken, meist trocken



Linke fordert 25 Milliarden Euro für Sozialprogramm

Bundesspitze verkündet „Magdeburger Erklärung“: Mittel für Flüchtlinge und Einheimische

Von Steffen Honig
Magdeburg • Mit einem Sofortprogramm von 25 Milliarden Euro soll der Bund Wohnungsbau, Bildung, Öffentlichen Dienst und Integration fördern und Fluchtursachen bekämpfen. Dies fordert die Linkspartei in einer „Magdeburger Erklärung“, die auf dem 4. Parlamentarientag der Partei in der Elbestadt vorgestellt wurde. Die

Linke will damit nicht nur die Integration von Flüchtlingen unterstützen, sondern auch sozialen Problemen entgegenwirken, die sich vor der Zuwanderung aufgestaut haben, betonte Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch.

Laut Co-Parteivorsitzendem Bernd Riexinger fehlen in Deutschland vier Millionen Sozialwohnungen. Dieses Defizit



Katja Kipping
Dietmar Bartsch

könne in zehn Jahren abgebaut werden.

Die Milliarden für den Wohnungsbau und tausende neue Stellen für Lehrer und Polizisten bundesweit sollen aus den Steuermehreinnahmen des Bundes sowie Umschichtungen im Etat kommen. „Das ist in diesem Haushalt machbar“, erklärte Bartsch. Für die Fortsetzung des Programms in den Folgejahren will die Linke eine Millionärsteuer und eine

Reform der Erbschaftssteuer durchsetzen.

Co-Pateichin Katja Kipping betonte, dass für die Integration von Flüchtlingen der Ausbau des öffentlichen Dienstes unerlässlich sei. So würden mehr Lehrer gebraucht. Die Ursachen der Migration will die Linke vor allem durch Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks bekämpfen. Seite 4

Sparkassen leiden unter Niedrigzinsen

Alte Sparverträge belasten die Geldhäuser in Sachsen-Anhalt

Sparkassen fällt es immer schwerer, hochverzinsten Sparverträge ihrer Kunden zu refinanzieren. Die Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld hat inzwischen damit begonnen, Verträge zu kündigen.

Von Matthias Stoffregen
Magdeburg • Für Sparkassen rechnen sich Geldanlagen ihrer Kunden nur dann, wenn auf dem Kapitalmarkt die Renditen stimmen, die Banken also mehr Zinserträge einstreichen können, als sie ihren Kunden weitergeben müssen. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vor acht Jahren sind jedoch die Marktzinsen in den Keller gesunken. Viele Sparverträge, die Ende der 90er Jahre abgeschlossen wurden, belasten dadurch immer stärker die Bilanzen.

Nach Angaben des Ostdeutschen Sparkassenverbandes müssen sich in Sachsen-Anhalt recht viele Sparkassen mit dieser Problematik auseinandersetzen. „Prämiensparverträge waren Ende der 90er Jahre sehr beliebt und weit verbreitet“, berichtet Sprecherin Cosima Nin-

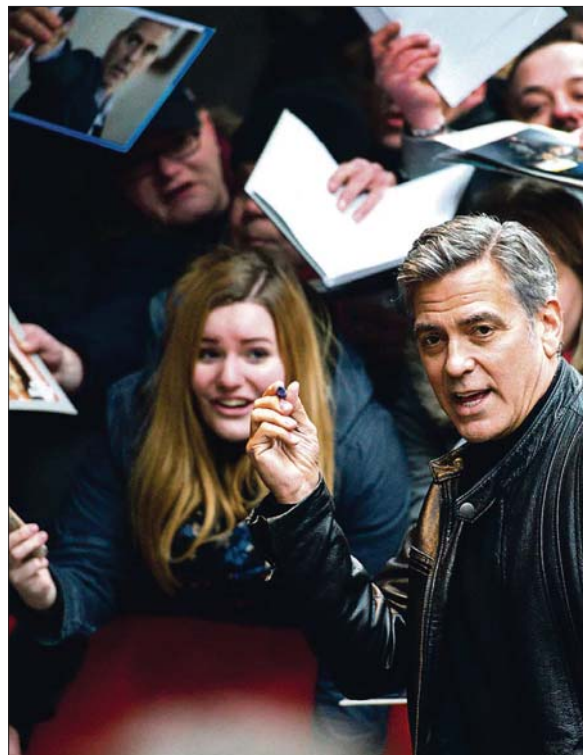
gelgen. Genaue Zahlen würden jedoch nicht vorliegen, da die einzelnen Banken ihren Kunden unterschiedliche Angebote gemacht hätten.

Dem Verband zufolge seien viele Geldhäuser nun dabei, Kosten einzusparen. „Vierorts werden jetzt Prozesse vereinheitlicht und Verwaltungen verschlankt“, erklärt Ningelgen. Zur Sparkassen-Strategie 2020 zähle auch, das Kreditgeschäft auszubauen und Online-Angebote auszuweiten.

Bei manchen Sparkassen reichen die bisherigen Vorhaben aber offenbar nicht aus. Die Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld hat inzwischen 2500 von 17500 alten Verträgen gekündigt. Auch die Sparkasse Magdeburg schließt Kündigungen nicht aus. „Wir haben früher Prämiensparverträge angeboten, die uns nun belasten“, erklärt Sprecher Matthias Gerald. „Noch haben wir aber nicht entschieden, wie wir mit den Verträgen weiter umgehen.“

Bei Kunden kommen Kündigungen nicht gut an. Gegen die Sparkasse Anhalt-Bitterfeld hat die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt inzwischen Klage eingereicht. Seiten 4 und 6

Berlinale: Festival-Auftakt mit Clooney



Bei der 66. Berlinale gab es gestern kurz vor der Eröffnung das Schaulaufen der Stars und Sternchen. Hollywoodstar George Clooney schrieb vor dem Zoo-Palast-Kino-center Autogramme. Am Abend war er in „Hail, Caesar!“ als trottleriger Sandalenfilm-Darsteller zu sehen. Seite 22 Foto: dpa

Magdeburg muss 50 000 Briefe neu verschicken

Magdeburg (dpa) • Der Stadt Magdeburg ist bei der Vorbereitung der Landtagswahl am 13. März eine Panne unterlaufen. Ein Dienstleister habe rund 6000 Wahlbenachrichtigungen mit veralteten Daten verschickt, teilte die Stadt am Donnerstag mit. So seien etwa der Name des Wahllokals oder die Wählerverzeichnisnummer falsch. Sicherheitshalber würden nun alle bislang 50 000 verschickten Wahlbenachrichtigungen erneut mit den korrekten Daten verschickt.

Ein beigelegtes grünes Blatt solle über die Korrektur informieren. Der Versand weiterer rund 143 000 Wahlbenachrichtigungen in den kommenden Tagen sei nicht betroffen. Auf der Benachrichtigung ist das Datum der Wahl, der Wahlbezirk und die laufende Nummer im Wählerverzeichnis sowie das zuständige Wahllokal angegeben.

Sieg für Cottbuser Altanschießer

Berlin/Potsdam (dpa) • Nach langem Gerichtsstreit hat am Donnerstag auch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die Beiträge für alte Abwasseranschlüsse aus DDR-Zeiten gekippt. Damit haben zwei Cottbuser ihren Gerichtsstreit gewonnen. Nach Auffassung des Gerichts gilt das Urteil des Verfassungsgerichts, das sie zuvor erstritten hatten, auch für Fälle von Wasseranschlüssen in den 1990er Jahren. Denn das Abgabengesetz wurde 2004 geändert und die Verjährungsfrist läuft vier Jahre nach dem Anschluss aus. Ähnlich Betroffene, die Widerspruch gegen ihren Bescheid eingelegt haben, können auf Rückzahlung hoffen. Der Städte- und Gemeindebund rechnet mit Rückforderungen in Höhe von bis zu 500 Millionen Euro. Unklar ist, wie in Brandenburg mit Beiträgen umgegangen wird, die unwidersprochen bezahlt worden sind.

Die Döner-Diskriminierung

Wie ein Berliner im Bus bis zum bitteren Ende für Gleichheit kämpfte

Wenn's um die Verteidigung demokratischer Werte geht, sollte man sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Oder aus dem Bus. Dementsprechend mutig hat sich am Mittwoch ein Fahrgast in Berlin verhalten. Er wurde Opfer einer Döner-Diskriminierung. Ein ernstes gesellschaftliches Problem. Denn auch, wenn niemand offen darüber redet: Trotz der Verankerung der Gleichheit im Grundgesetz wird ein Mensch mit einem Döner oft schlechter behandelt als einer mit Kaugummi.

Neben Bekleidungsgefahren, wo er von Verkäufern oft böse Blicke ermet, ist vor allem der öffentliche Personennahverkehr ein Problem. Besagter Fahrgast wurde nun sogar vom Fahrer des Busses verwiesen. Doch der Mann stellte sich der Diskriminierung entgegen: mit einer spontanen Sitzblockade. Er und sein Essen werten sich so lange, das Gefährt zu verlassen, bis sie von der Polizei herausgetragen wurden. Dass sich die Polizei dafür instrumentalisiert, ist schon wieder der nächste Skandal. Elisa Sowiejka



Hmmm, ein leckerer Döner. Mit diesem Gaumenschmaus sollte man sich nicht vertreiben lassen. Foto: dpa

ANZEIGE

SACHSEN-ANHALT
Landeszentrale für politische Bildung

Ich bin nicht nur für dich da, sondern wegen dir hier.

TRIFF DIE WAHL!

AM 13. MÄRZ IST LANDTAGSWAHL

TRIFF-DIE-WAHL.DE